

## Beschlussvorlage des Landesvorstandes der FDP Bremen am 19. November 2022:

### **Keine Schuldenaufnahme für Klima-Krisen Fonds – Nachhaltige Finanzen für Bremen**

Wir Freien Demokraten lehnen die geplante Schuldenaufnahme des Senats in Höhe von 3 Milliarden Euro für einen Krisenfonds ab. Wir fordern die genaue Prüfung der Kosten, die durch Folgen des Ukrainekriegs entstanden sind. Anschließend muss geprüft werden, wo diese Mittel durch Einsparungen und Umschichtungen im Haushalt mobilisiert werden können. Wir fordern den Senat dazu auf, mehr privates Kapital für Investitionen in den Klimaschutz zu akquirieren. Es darf keine Schuldenaufnahme für verschlafene Investitionen geben.

#### Begründung:

Der Bremer Senat hat angekündigt, 3 Milliarden Euro Schulden für einen Klima-Krisenfonds aufzunehmen. 2,5 Milliarden Euro sollen in Klimainvestitionen fließen, 500 Millionen Euro in die Bekämpfung der wirtschaftlichen Folgen des Ukrainekriegs. Damit würde sich der Bremer Schuldenstand von 23 Milliarden auf 26 Milliarden Euro erhöhen. Das entspricht einer Erhöhung von über 10 % im ohnehin schon hoch verschuldeten Land Bremens.

Die Erhöhung der Schulden bedeutet ebenso eine Erhöhung der Zinsen. Es kann von einer Mehrbelastung von rund 150 Millionen Euro für Zinsen und Tilgungen ausgegangen werden, womit die jährlichen Zinsen auf über 700 Millionen Euro steigen würden. Zum Vergleich, der Senat hat kürzlich bekannt gegeben, dass sich der Sanierungsbedarf der Bildungsbauten und deren Außenanlagen in Bremen auf knapp 700 Millionen Euro belaufen. Mit den jährlich zu zahlenden Zinsen könnten also alle Schulen und deren Außenanlagen saniert werden. Diese 700 Millionen Euro, sind auch Mittel, die jedes Jahr nicht für den Klimaschutz ausgegeben werden können. **Eine Mehrbelastung von 150 Millionen Euro Zinsen durch den Klima-Krisenfonds sind jedes Jahr 150 Millionen Euro, die für Klimaschutz, Infrastruktur, Soziales, Bildung und vieles mehr fehlen!**

Wir Freien Demokraten Bremen halten auch die Summe von 3 Milliarden Euro für fraglich. Weitaus größere Bundesländer wie Niedersachsen und Bayern kommen mit 1-2 Milliarden Euro hin. Wir sprechen uns nicht gegen Klimainvestitionen aus, sondern wollen in den Klimaschutz investieren und gleichzeitig nachhaltig mit Steuergeldern umgehen, das schließt eine Schuldenaufnahme aus. Der Klima-Krisen Fonds ist nur legitimiert durch Schulden finanziert zu werden, wenn eine Notlage besteht, die eine Regierung nicht kommen sehen hat und wogegen sie sich nicht wehren kann. Wir halten es für fraglich, dass die Bremer Grünen, die seit 2007 in

Bremen regieren, nach fünfzehn Jahren vom Klimawandel so überrascht wurden, dass nur noch eine Schuldenaufnahme helfen kann. **Die Bremer Regierungen hatten genügend Chancen Klimainvestitionen in ihren Haushalten unterzubringen, diese jetzt im Nachhinein über Schulden zu finanzieren, ist nicht nur unseriös, sondern fällt auch noch zulasten der nachfolgenden Generationen.**